

Antworten der FDP Berlin auf die Wahlprüfsteine des Vereins Freie Radios Berlin-Brandenburg e.V.

Sehr geehrte Frau Morawietz,

haben Sie vielen Dank für Ihr Schreiben und die Übersendung Ihrer Wahlprüfsteine zur Abgeordnetenhauswahl 2026.

Freie Radios leisten vielerorts einen wichtigen Beitrag zur lokalen Berichterstattung, zur Medienbildung und zum gesellschaftlichen Engagement. Dass Sie die Diskussion über Medienvielfalt, Teilhabe und den zukünftigen Ordnungsrahmen des Rundfunks mit fachlicher Expertise begleiten, begrüßen wir ausdrücklich.

Gleichzeitig erlauben wir uns dort, wo unsere medienpolitische Bewertung von Ihren Forderungen abweicht, dies offen anzusprechen. Wir sind überzeugt, dass ein ehrlicher Austausch mehr zur demokratischen Debatte beiträgt als formelhafte Zustimmung.

Für die Beantwortung Ihrer Fragen haben wir auch Künstliche Intelligenz genutzt. Unsere Antworten basieren auf unserem Wahlprogramm für die Abgeordnetenhauswahl 2026 sowie auf den Beschlüssen der FDP Berlin und wurden durch die Fachsprecherinnen und Fachsprecher des Landesvorstands geprüft und überarbeitet.

Zu Ihren Fragen nehmen wir wie folgt Stellung:

1. Förderung und Finanzierung

Frage: Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um die finanzielle Absicherung der Freien Radios (über die bisherige Förderung der terrestrischen Verbreitungskosten hinaus) langfristig zu verbessern?

Wir können Ihren Ausgangspunkt gut nachvollziehen. Qualitativ hochwertige journalistische Arbeit benötigt verlässliche Rahmenbedingungen. Dies gilt für private Medienunternehmen ebenso wie für nichtkommerzielle Angebote. Wer dauerhaft lokale Berichterstattung, kulturelle Inhalte oder Medienbildungsangebote bereitstellen möchte, steht vor erheblichen organisatorischen und finanziellen Herausforderungen.

Gerade deshalb stellt sich jedoch die grundsätzliche Frage, welche Rolle der Staat bei der Finanzierung von Medien spielen sollte. Für uns Freie Demokraten ist die Staatsferne der Medien keine bloße Formalie, sondern eine tragende Säule unserer freiheitlichen Demokratie. Medien sollen den Staat kontrollieren können. Deshalb dürfen sie möglichst nicht in dauerhafte finanzielle Abhängigkeit vom Staat geraten.

Vor diesem Hintergrund sehen wir eine institutionelle Ausweitung dauerhafter staatlicher Finanzierung einzelner Medienangebote kritisch. Diese Haltung richtet sich ausdrücklich nicht gegen Freie Radios. Vielmehr legen wir denselben Maßstab an alle Medien an. Je stärker öffentliche Finanzierung zur Regel wird, desto wichtiger werden politische Entscheidungen über deren Umfang und Ausgestaltung. Das halten wir langfristig nicht für den besten Weg, um publizistische Unabhängigkeit zu sichern.

Das bedeutet allerdings keineswegs, dass wir die Herausforderungen nichtkommerzieller Anbieter übersehen. Im Gegenteil: Wir wollen die Rahmenbedingungen insgesamt verbessern. Unser Ziel ist eine Medienpolitik, die Innovation ermöglicht, Bürokratie abbaut und möglichst viele unterschiedliche publizistische Angebote entstehen lässt. Projektbezogene Förderungen – etwa im Bereich Medienbildung, journalistischer Innovation oder digitaler Entwicklung – können sinnvoll sein, sofern sie transparent ausgestaltet sind, allen geeigneten Trägern offenstehen und nach nachvollziehbaren Kriterien vergeben werden.

Darüber hinaus sehen wir erhebliches Potenzial darin, Verwaltungsverfahren zu vereinfachen. Gerade kleinere Organisationen verfügen häufig nicht über umfangreiche Verwaltungsstrukturen. Deshalb setzen wir uns insgesamt für eine moderne, digitale und unbürokratische Verwaltung ein. Wer sich gesellschaftlich engagiert, sollte möglichst wenig Zeit mit Antragsverfahren verbringen müssen.

Unser Wahlprogramm verfolgt insgesamt das Ziel, die Medienstadt Berlin weiter zu öffnen und Medienunternehmen wie Medieninitiativen bei ihrer digitalen Entwicklung zu unterstützen. Von innovationsfreundlichen Rahmenbedingungen sollen kommerzielle wie nichtkommerzielle Angebote gleichermaßen profitieren.

2. Frequenzpolitik

Frage: Wie stehen Sie zur Vergabe von UKW- und DAB+-Frequenzen an Freie Radios? Werden Sie sich für den Erhalt der bestehenden DAB+-Frequenzen beziehungsweise die Wiederzuweisung von UKW-Frequenzen einsetzen?

Die Vergabe von Frequenzen ist eine der klassischen Aufgaben unabhängiger Medienaufsicht. Frequenzen sind ein knappes öffentliches Gut und müssen transparent, diskriminierungsfrei und nachvollziehbar vergeben werden.

Wir sehen Freie Radios grundsätzlich als legitimen Bestandteil einer vielfältigen Medienlandschaft. Deshalb sollten sie bei entsprechenden Ausschreibungen faire Chancen erhalten, sofern sie die medienrechtlichen Voraussetzungen erfüllen und publizistisch überzeugen. Politische Vorfestlegungen zugunsten oder zulasten einzelner Anbieter halten wir dagegen nicht für den richtigen Weg.

Gleichzeitig verändert sich die Mediennutzung derzeit grundlegend. Klassischer Rundfunk bleibt wichtig, wird aber zunehmend durch Podcasts, Streaming-Angebote, digitale Lokalplattformen und andere journalistische Formate ergänzt. Deshalb plädieren wir für eine technologieneutrale Medienpolitik. Unser Ziel ist nicht die dauerhafte Bevorzugung einzelner Übertragungswege, sondern die Sicherung publizistischer Vielfalt unabhängig vom technischen Verbreitungsweg.

Vor diesem Hintergrund messen wir insbesondere dem Ausbau digitaler Verbreitungswege eine große Bedeutung bei. DAB+ bietet hierfür Chancen, ebenso internetbasierte Angebote. Entscheidend ist aus unserer Sicht weniger die Frage, welche Technik verwendet wird, sondern ob möglichst viele unterschiedliche Stimmen ihr Publikum erreichen können.

3. Die Dritte Säule

Frage: Unterstützen Sie grundsätzlich eine sogenannte „Dritte Säule“ des Rundfunks, also nichtkommerzielle Lokalradios, gesetzlich zu etablieren?

Wir verstehen sehr gut, warum Sie diese Frage stellen. Freie Radios unterscheiden sich in ihrem Selbstverständnis sowohl von öffentlich-rechtlichen als auch von privatwirtschaftlichen Rundfunkanbietern. Daraus entsteht nachvollziehbar der Wunsch nach einer eigenständigen gesetzlichen Anerkennung.

Unsere Perspektive ist allerdings eine andere. Für uns steht weniger die institutionelle Einordnung einzelner Medienformen im Mittelpunkt als die Frage, ob das gesamte Mediensystem Vielfalt, Innovation und publizistische Freiheit bestmöglich ermöglicht.

Wir messen den Erfolg der Medienordnung daher nicht daran, wie viele formale Säulen sie besitzt, sondern daran, ob unterschiedliche Stimmen tatsächlich faire Chancen haben. Neue gesetzliche Kategorien sollten deshalb nur geschaffen werden, wenn sie einen erkennbaren Mehrwert für Meinungsvielfalt und Medienfreiheit schaffen und nicht zu dauerhaften Privilegierungen einzelner Organisationsformen führen.

Entscheidend bleibt für uns, dass alle Anbieter – unabhängig von ihrer Rechtsform – unter fairen, transparenten und staatsfernen Bedingungen arbeiten können.

4. Rechtliche Rahmenbedingungen

Frage: Welche Änderungen im Berliner und Brandenburger Medienrecht halten Sie für notwendig, um die Arbeit Freier Radios zu erleichtern und ihre Unabhängigkeit zu stärken?

Wir sehen den größten Handlungsbedarf weniger in einer Ausweitung regulatorischer Sonderregelungen als vielmehr in einer Modernisierung des gesamten Medienrechts.

Berlin sollte ein innovationsfreundlicher Medienstandort sein. Dazu gehören schlanke Genehmigungs- und Verwaltungsverfahren, technologieoffene Regulierung und möglichst geringe bürokratische Belastungen. Gerade kleinere Medienorganisationen profitieren von einfachen und transparenten Verfahren.

Ebenso wichtig ist für uns die konsequente Wahrung der Staatsferne. Unabhängigkeit entsteht nicht in erster Linie durch zusätzliche gesetzliche Privilegien, sondern durch klare Zuständigkeiten, transparente Entscheidungen und eine Regulierung, die politische Einflussmöglichkeiten möglichst gering hält.

Wir möchten Berlin insgesamt als Medienstadt weiter stärken. Dazu gehört nach unserem Wahlprogramm ausdrücklich die Offenheit für neue Akteure, neue Geschäftsmodelle und neue digitale Entwicklungen. Davon profitieren etablierte ebenso wie neue Anbieter.

5. Medienvielfalt und Meinungspluralismus

Frage: Welche Rolle messen Sie Freien Radios für die Medienvielfalt in Berlin bei? Wie wollen Sie sicherstellen, dass sie als nichtkommerzielle, unabhängige Stimmen erhalten bleiben?

Berlin lebt von seiner gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Vielfalt. Diese Vielfalt sollte sich selbstverständlich auch in der Medienlandschaft widerspiegeln.

Freie Radios leisten hierzu einen eigenständigen Beitrag. Sie greifen lokale Themen auf, bieten Raum für ehrenamtliches Engagement, ermöglichen Menschen erste journalistische Erfahrungen und schaffen Formate, die im klassischen Rundfunk oftmals keinen Platz finden. Gerade diese Ergänzung unterschiedlicher Perspektiven stärkt die demokratische Debatte.

Gleichzeitig möchten wir darauf hinweisen, dass Medienvielfalt heute deutlich breiter verstanden werden muss als noch vor zwanzig Jahren. Podcasts, digitale Lokalmedien, Streaming-Angebote und neue journalistische Plattformen erweitern die publizistische Landschaft erheblich. Unser Ziel ist deshalb eine Regulierung, die Vielfalt unabhängig vom jeweiligen technischen Übertragungsweg ermöglicht.

Aus liberaler Sicht entsteht Meinungspluralismus nicht dadurch, dass der Staat bestimmte Inhalte oder Organisationsformen bevorzugt, sondern dadurch, dass möglichst viele Menschen die Chance erhalten, publizistisch tätig zu werden. Niedrige Markteintrittsbarrieren, Innovation, Wettbewerb und Meinungsfreiheit sind deshalb für uns die wichtigsten Voraussetzungen einer vielfältigen Medienlandschaft.

6. Bildung und Nachwuchsförderung

Frage: Freie Radios sind Orte der Medienbildung und des bürgerschaftlichen Engagements. Welche Projekte zur Förderung von Medienkompetenz, für lokale Berichterstattung und für den Nachwuchs speziell für nichtkommerzielle Radios unterstützen Sie?

In diesem Themenfeld sehen wir zahlreiche gemeinsame Anliegen.

Die Vermittlung von Medienkompetenz gehört nach unserer Überzeugung heute zu den grundlegenden Bildungsaufgaben des Staates. Junge Menschen müssen lernen, Informationen einzuordnen, Quellen kritisch zu bewerten, Desinformation zu erkennen und digitale Medien verantwortungsvoll zu nutzen.

Deshalb wollen wir Medienkompetenz deutlich stärker im Bildungssystem verankern. Dazu gehören eine bessere Verankerung in der Lehrerausbildung, regelmäßige Fortbildungen, moderne digitale Lehrmittel sowie eine stärkere Aufklärung über Datenschutz, Cybermobbing und den Umgang mit Desinformation.

Hier sehen wir ausdrücklich auch Potenziale für Kooperationen mit außerschulischen Partnern. Einrichtungen, die praktische journalistische Erfahrungen vermitteln, können einen wichtigen Beitrag leisten. Freie Radios verfügen vielfach über langjährige Erfahrungen in diesem Bereich. Solche Kompetenzen sollten im Rahmen transparenter und offener Projekte genutzt werden können.

Wichtig ist uns allerdings auch hier ein allgemeiner Grundsatz: Förderprogramme sollten grundsätzlich offen ausgestaltet sein. Entscheidend sollte die Qualität eines Projektes sein, nicht allein die Organisationsform des Trägers.

7. Langfristige Perspektive

Frage: Welche Vision haben Sie für die Zukunft Freier Radios in Berlin?

Wir wünschen uns für Berlin eine Medienlandschaft, die vielfältig, innovativ, unabhängig und offen für neue Entwicklungen ist. Dazu gehören öffentlich-rechtliche Medien ebenso wie private Anbieter, lokale journalistische Initiativen, digitale Plattformen und nichtkommerzielle Projekte. Alle erfüllen unterschiedliche Aufgaben und sprechen unterschiedliche Zielgruppen an. Diese Vielfalt ist eine Stärke unserer Demokratie.

Freie Radios können auch künftig ihren Platz in dieser Landschaft haben – insbesondere dort, wo sie lokale Öffentlichkeit schaffen, Menschen an Medienproduktion heranzuführen und gesellschaftliches Engagement fördern.

Unsere Aufgabe als Politik sehen wir darin, faire Rahmenbedingungen zu schaffen, Innovation zu ermöglichen und die Freiheit der Medien zu schützen. Nicht politische Vorgaben über Inhalte oder Organisationsformen sichern langfristig Meinungsvielfalt, sondern ein freiheitlicher Ordnungsrahmen, der unterschiedlichen Ideen Raum gibt.

Ich danke Ihnen nochmals für Ihre Fragen und für Ihr Engagement. Auch wenn wir nicht in jeder medienpolitischen Einzelfrage dieselbe Bewertung teilen, verbindet uns das gemeinsame Interesse an einer lebendigen demokratischen Öffentlichkeit und an einer vielfältigen Berliner Medienlandschaft. Für den weiteren Austausch stehen wir gerne zur Verfügung. Fragen und Antworten zu diesem Wahlprüfstein werden wir auch auf unserer Website veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen

Christoph Meyer

Spitzenkandidat der FDP Berlin zur Wahl des Abgeordnetenhauses 2026